

Michael Jäger

Inwertsetzung

In Horst Müllers Aufsatz *Transformationsprozesse der sozial-ökonomischen Praxis und Grundriss einer Systemalternative* ist von Philosophie keine Spur, obwohl er in der *Münchener Zeitschrift für Philosophie* erschienen ist. Aber wie sein Anliegen, die »sozialwirtschaftlichen Dienste« aus ihrer Marginalisierung im Kapitalismus zu befreien, mit Philosophie zusammenhängt, haben wir bei Honneth gelesen. Es geht um eine Frage der Anerkennung. Im Kapitalismus erscheinen die Dienste nur als kostentreibend. Sie sind unprofitabel. Alle haben aber anzuerkennen, dass Privatproduktion ohne Gesundheits-, Umweltpflege und so weiter – Müller zählt sie auf einer halben Seite auf – gar nicht möglich wäre. Im übrigen war es, bevor der Neoliberalismus zu wüten begann, zu »einer wert- und reproduktionstheoretisch notwendigen Verknüpfung zwischen industrieller Warenproduktion, sozialwirtschaftlichen Diensten und durchgreifenden ökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit« bereits gekommen, »mit einer Staats- und Sozialquote von 40-60 %«.

Um die Dienste wieder zur Geltung zu bringen, schlägt Müller vor, sie als wertschöpfend im Marxschen Sinn zu definieren. Es müsse zur »paritätischen Inwertsetzung« aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten kommen, zu denen die Dienste ja zweifellos gehörten. Man könnte natürlich einwenden, dass der Marxsche Begriff gesellschaftlich notwendiger Arbeit nur das für den Kapitalismus Notwendige meint. Aber damit bräuchte sich der Staat nicht zufrieden zu geben. Den Wertschöpfungscharakter könnte er den Diensten einfach dadurch geben, dass er sie als gesellschaftliches Eigentum deklariert und dem Kapital nur gegen Bezahlung verpachtet. In Marxschen Begriffen würde es sich darum handeln, dass das Kapital der Gesellschaft eine Grundrente zu entrichten hätte.

Quelle: Michael Jäger, Inwertsetzung. S. 18 in: Freitag Nr. 28/29 v. 11. Juli 2000

Horst Müller

Replik zur Besprechung

Liebe Freitag-Redaktion, lieber Michael Jäger,

in der Besprechung wird leider nicht erwähnt, dass die Nr. 47 der Münchner Zeitschrift für Philosophie, in der mein Artikel erschienen ist, einen größeren Themenschwerpunkt „Alternative Ökonomien“ aufweist. Damit werden der sich belebenden Diskussion über eine Alternative mit einer Reihe von Beiträgen, Kommentaren und Buchbesprechungen schöne Vorgaben geliefert, die nicht übergangen werden sollten. Was die Besprechung meines eigenen Beitrags im Freitag angeht, so beginnt sie mit der verständnislosen Bemerkung, dass darin „von Philosophie keine Spur“ enthalten sei: Ich verstehe die Konzeption einer „Sozialwirtschaft als Systemalternative“ ganz und gar in der Tradition, die einmal mit den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten begonnen hat und möchte in keinerlei Hinsicht mit dem Habermas-Erben Axel Honneth und seiner prekären Sozialtheorie, die eine intersubjektive „Anerkennung“ in den Mittelpunkt rückt, in einen Topf geworfen werden. Seit 25 Jahren ziehe ich gegen deren wissenschaftlich unseriöse Marxinterpretationen und missratenen intersubjektivitätstheoretischen Konstrukte zu Felde und suche stattdessen die Marxsche Theorie im Sinne einer Philosophie der Praxis zu lesen, insbesondere auch ökonomietheoretisch fruchtbar zu machen:

Meine politisch-ökonomische Analytik beruht auf nichts anderem, als einer empirisch belegbaren, für unumgänglich gehaltenen Erweiterung und Ergänzung des Marxschen zweigliedrigen Reproduktionsschemas um eine neue Abteilung der „Sozialwirtschaftlichen Dienste“ und die entsprechende Einbeziehung der damit zwingend einhergehenden Vermittlungsfunktion des modernen Steuer-, Haushalts- und Sozialstaats – eine praktische Entwicklung und theoretische Modellierung, welche die traditionellen Kapitaltheoretiker seit einem halben Jahrhundert verschlafen haben, von den gescheiterten Planwirtschaftlern ganz zu schweigen. An den von mir konzipierten erweiterten Reproduktionszusammenhang setzt eine exakt der Marxschen Forschungsstrategie entsprechende Analyse an, welche in dieser realen Formierung bisher verborgene Zusammenhänge

sichtbar macht und in der Tat zu überraschenden, gänzlich neuen wert- und systemtheoretischen, praktisch gesehen etwa steuerpolitischen, eigentums- und ordnungsrechtlichen Schlussfolgerungen bezüglich der gesuchten Alternative führt.

So hat also erst einmal niemand die „Anerkennung“ einer neuen idealen Konstruktionsidee auszusprechen, schon gar nicht „der Staat“. Es geht zunächst nicht um eine „Definition“. Denn die sozialwirtschaftliche Reproduktionsfiguration ist demnach eine unter der Decke der Kapitalwirtschaft bereits mitprozessierende, höchst reale Praxis, ein Produktivkraftensemble als reale Latenz, das in bestehenden ökonomischen Mischformen schon mitwirkt. Diese Konstellation „widersprüchlicher Praxis“, so der praxisphilosophische Zentralbegriff, der über einen schlechten Totalitätsbegriff von „Kapitalismus“ hinausweist, bildet demnach den entscheidenden Ansatz für eine mögliche Politik der „Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste“ und überhaupt für eine, im nächsten Vierteljahrhundert, in der Erweiterung und Verallgemeinerung dieser Tendenz, mögliche sozialwirtschaftliche, systemische Transformation - eine wirtschaftsdemokratische Neuordnung und ein kräftiges nationalökonomisches Contra gegen die neoliberale Globalisierung inclusive.

Dieses Praxis-Konzept, das mit einer definitiv weiterentwickelten Werttheorie einher geht und die reale Möglichkeit eines wirtschaftsgesellschaftlichen Umbaus aufweisen will, ist natürlich im Hinblick auf einige echte Novitäten nicht einfach darzustellen und wegen seiner enormen Konsequenzen eine kaum zu schluckende Kröte für Gralshüter einer reinen Kapitaltheorie, für die Propheten von Endkrisen, für Mentoren einer klassischen Revolutionsidee. Es ist ein schwer verdaulicher Brocken im gegenwärtigen Mainstream des Alternativdenkens, das sich unkonzentriert und unfundiert mit teilweise aberwitzigen Ideen fortwälzt: Die ehemalige Freitag-Debatte „Konkrete Utopie“ ist ein Panoptikum dieser Szene gewesen, kaum mehr. Leider sehe ich auch im Resümee des vorliegenden Kommentars ein fundamentales Missverständnis, indem das Vorgetragene in das geläufige kapitaltheoretische Interpretationsschema gepresst wird:

Das Konzept besagt keineswegs, dass das „Kapital der Gesellschaft eine Grundrente zu entrichten hätte“, um die sozialwirtschaftlichen Dienste zu finanzieren. Der Witz ist vielmehr, dass die Kapitalwirtschaft den gewaltig angewachsenen Teil sozialwirtschaftlicher Arbeit, welche Marx etwas zu eilig und endgültig als „unproduktiv“ deklarierte, in meiner Sicht „die andere Hälfte der Wirtschaft“, repressiv und disparitätisch behandelt und dass aus der Verstärkung sozialwirtschaftlicher Emanzipationsbestrebungen, die sich auch der Kapitalisierung des Öffentlichen entgegenstellt, und aus der konkret-utopischen Fundierung, letztlich programmatischen Zurüstung allgemein anwachsender Transformationsbedürfnisse eine gesellschaftliche Kraft zur Wende entstehen kann. Ich versuchte den Nachweis, dass aus einer paritätischen Inwertsetzung der neuen Wirtschaftsabteilung notwendig jener systemische „dialektische Sprung“ erwächst, durch den der kapitalökonomische Verwertungszwang gebrochen wird. Dieser Sprung, oder meinetwegen die These von einem hier angelegten systemischen Sprung, ist das Entscheidende, was der Kommentar nicht bezeichnet. Es ist der dialektische Entwicklungssprung, der im Konzept von Heinz Dieterich und Cockshott-Cottrell zwar beschworen, aber mit dem vorgestellten, arbeitswerttheoretisch nichtauthentischen und im Kern überholten planwirtschaftlichen Konzept nicht eingelöst wird.

An solchen Frontlinien gegenwärtiger Entwürfe für eine Alternative sollten jedenfalls die Anstrengungen um ein tiefer gehendes Verständnis und sollte die notwendig weitergehende Diskussion ansetzen.

*Quelle: Horst Müller, Zuschrift an die Redaktion des Freitag, am 19. Juli 2008
Auszugsweise als Leserbrief S. 12 im Freitag Nr. 34, am 22. August 2008*